

Voller, Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp. Zelle 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^m

Verbreiter: Rint Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Zum Jahreswechsel
allen Mitgliedern, Mitarbeitern,
Freunden und Bekannten die
herzlichsten Glückwünsche!

Die Redaktion. Der Vorstandsvorsitz.

In unsere Mitglieder!

Auf Grund des Nachtrages I zum Statut und der Beschlüsse der Verbandsleitung tritt mit dem

1. Januar 1925
die Erwerbslosenunterstützung und die Beerdigungsbeiträge wieder in Kraft.

Zur Auszahlung gelangen die Sätze, welche im Nachtrag I veröffentlicht wurden.

Wer ist auf Grund des Statuts und des Nachtrages I bezugsberechtigt?

Im allgemeinen gelten für die Bezugsberechtigung dieser Unterstützungen die §§ 27, 28, 29, 30, 31 und 32 des Statuts unter Berücksichtigung der Änderungen, die Nachtrag I hierzu vorsteht.

Im besonderen ist darauf zu verweisen, daß nach dem 1. Januar 1925 nur solche Mitglieder diese Unterstützungen beziehen können, welche mindestens ein Jahr dem Verbandsangehörigen und für diese Zeit 52 Beiträge bezahlt haben.

Für den Bezug dieser Unterstützung ist mithin maßgebend, daß seit der 27. Beitragswoche, also seit dem 30. Juni 1924 26 neue Beiträge der Beitragsklassen I-V geleistet und bezahlt worden sind.

Neue Marken, welche für die Restbeiträge in die Beitragsfelder des II. Vierteljahres gestellt wurden, kommen für die Bezugsberechtigung dieser Unterstützungen nicht in Frage, sondern nur die Marken, welche in die Felder ab der 27. Beitragswoche gestellt wurden.

Die Berechnung der zu zahlenden Klasse richtet sich nach der Höhe der geleisteten Beiträge in den letzten 26 Beitragswochen. Wer in dieser Zeit 26 gleiche Beiträge gezahlt hat, also 26 x 70 Pf., erhält die Unterstützung der Klasse V.

Wer aber in dieser Zeit 20 Beiträge à 70 Pf. und 6 Beiträge à 50 Pf. zahlte, erhält die Unterstützung der Klasse IV. Die Unterstützung richtet sich also immer nach der niedrigsten Beitragsmarke, welche seit der 27. Beitragswoche, also seit dem 30. Juni 1924 geleistet wurde. Die Unterstützungsfähigkeit einer höheren Klasse können nur dann eintreten, wenn 26 Beiträge der höheren Beitragsklasse hintereinander vor dem Tage des Anspruchs bezahlt wurden.

Die Errechnung der höheren Jahresklassen erfolgt auf Grund der Beiträge, die seit dem Eintritt in den Verband geleistet wurden. Erwerbslosen- und Extramarcken scheiden bei der Berechnung zur Unterstützung in jedem Falle aus.

Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, ihre Beiträge recht pünktlich zu zahlen, namentlich die Restbeiträge aus dem letzten Vierteljahr, denn wer bei eintretender

Erwerbslosigkeit fünf Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Mit der Wiedereinführung dieser Unterstützung haben wir das letzte Glied unserer früheren Einrichtungen wieder in das Organisationsleben eingefügt und darf erwarten werden, daß die Mitgliedschaft mit dem Vorstand befreit ist, auch die Mitgliederzahl wieder auf die alte Höhe zu bringen. Nur so wird es möglich sein, unsere Lebensaufgabe, die Verbesserung unserer Lebenslage, zu erreichen.

Berlin, im Dezember 1924.

Der Vorstandsvorsitz.
J. U.: P. Blum.

Ein neues Jahr und neue Kämpfe!

Wieder stehen wir auf der Schwelle und schreiten hinein in ein neues Jahr. Noch liegt alles, was es uns im großen Ganzen bringen wird, verborgen vor unseren Augen. Wir können nur auf Grund langer Erfahrung mit einiger Bestimmtheit voraussagen, daß es wiederum ein Kampfsjahr für uns sein wird. Ein Kampfsjahr, das unsere volle geschlossene Kraft beansprucht, die wiederum geführt sein muß von Verstand und von Verantwortungsbewußtsein. Gerade die Beobachtungen und Erfahrungen, die im verflohenen Jahre gemacht worden sind, zwingen gebieterisch zur Befolgung dieser Voraussetzung jeden Erfolges.

Das Jahr 1923 hat geendet mit einer geradezu trostlosen Wirtschaftslage, die erste Hälfte Inflationswirtschaft mit all ihren Folgen warf damit Schattens voraus auf das Jahr 1924, das wir nur mit schwachen Hoffnungen antreten konnten. Hatte doch die Arbeitslosigkeit im Dezember folgenden Tiefstand erreicht: völlig arbeitslos waren 28,8 Proz. und 30,2 Proz. mühen verblüht arbeiten. Das sind insgesamt 57 Proz., die unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Unsere Kassen waren leer, die Zeitung mußte ihr Erscheinen zeitweilig ganz einstellen, die sozialen Unterstützungen konnten nicht mehr gezahlt werden.

Die Unternehmer suchten diese Lage, in die man uns gebracht hatte, nach Kräften auszunutzen. Die Reichsraiffe wurden uns aufgedrängt, gleichzeitig wurden 600 bis 700 Kollegen der Fahrzeugindustrie durch die Ausperrungen der Metallindustriellen in Mülldeponien abgesetzt. Doch schon im Januar besserte sich die Wirtschaftslage wieder, so daß schon Ende April nur noch 2,2 Proz. im Verband arbeitslos waren. Mit dem Ausgange der Wahlwahlen zum Reichstag wurde indes auch die Wirtschaftslage wieder unsicher. Die Arbeitslosenziffern stiegen, und Ende August waren bereits wieder 15,1 Proz. völlig arbeitslos und 27,6 Kurzarbeiter vorhanden. Im September setzte eine Besserung ein, so daß Ende Oktober nur noch 7,5 Proz. Arbeitslose und 8,1 Proz. Kurzarbeiter gezählt wurden.

Die Wirtschaftslage wurde zweifellos sehr ungünstig beeinflusst durch die jählich bekannte Scheitelpolitik der Herrg. und Stresemänner. Diese Politik war auch von entscheidender Wirkung auf die Lage der Arbeiterklasse, was sich ja wiederum in dem Ausfall der Wahlen im Dezember 1924 ausgemerkt hat. Freilich lange nicht in dem Umfange, wie es hätte der Fall sein müssen, wenn die Arbeiterklasse ganz allgemein politisch gereift wäre und ihre Interessen richtiger wahrzunehmen verstände.

Es ist sehr schwer, in den Arbeitermassen das richtige Verständnis für eine geeignete Situation zu schaffen. Das hat seinen Grund vor allem in der politischen Impotenz der meisten, die zu einem guten Teil überhaupt keine Arbeiterzeitung, wohl aber bürgerliche Zeitungen lesen. Daher kommt es denn auch, daß die arbeitereindlichen Parteien bei den

Wahlen immer noch so viele Stimmen aus Arbeiterkreisen erhalten

Wie moralisch lieftend die sogenannten nationalen Parteien sind, hat sich doch zur Genüge im Laufe des letzten Jahres erkennen lassen. Sie haben das deutsche Volk vor aller Welt in einer schamlosen Weise blamiert, die nicht mehr zu überreifen ist. Am besten wird das bewiesen durch die Prozesse, die sich in München, Magdeburg und Spandau, in Thüringen, in Hamburg u. a. vor den Gerichten abgepielt haben. Was dort an politischer und sittlicher Verkommenheit offenbart wurde, ist ekelhaft.

Aber auch die Rechtsprechung hat sich keinen guten Ruf erworben. Man hat die Urteile im Hitler-Prozess und gegen die Rathenau-Mörder im Vergleich mit den gegen Kommunisten gefällten mit Recht Klassenurteile genannt. Aber auch im allgemeinen war zu bemerken, daß die Staatsanwälte und Richter in scharfer Weise gegen Angehörige der Arbeiterklasse vorgingen, während man den Eindruck gewann, als ob Unternehmer und Bestehende mit aufstrebender Milde behandelt wurden. Die Bilanz ist unschwer zu ziehen. Die Staatsanwälte und Richter wurzeln in der bürgerlichen Gesellschaft, deren Milieu beherrscht sie lugellos und beinahe ihr Denken und Handeln. In einer Republik sollte man keine monarchistisch geklumpten Richter dulden.

Am 7. Dezember 1924 ist leider wieder alles versäumt worden, der Wahlausfall hat keine Plattform geschaffen zur Bildung einer kraftvollen Regierung, wie sie dem deutschen Volke und seiner Republik not tut.

In dieser Stelle ist ständig darauf aufmerksam gemacht worden, welche Ziele sich das Unternehmertum setzt und mit welchen Mitteln es diese Ziele zu erreichen sucht. Fast die gesamte bürgerliche Presse sieht unter dem Einfluß der Unternehmerführer, mit welcher die öffentliche Meinung ganz systematisch in ihrem Sinne beeinflusst wird. Selbst spielt dabei keine Rolle, die Unternehmer haben überall die Eifen im Feuer und ihre auf bezahlten Agenten sind rührig bemüht, den Beweis zu erbringen, daß sie ihren Lohn verdienen. Man hat guten Grund zu der Annahme, daß die Unternehmer ihre Söldlinge selbst in allen öffentlichen Bureaus haben, durch welche sie sofort von allen Vorposten informiert werden. Es ist wiederholt aufgefallen, woher die unternehmerfreundliche Presse ihre Informationen hatte, als sie sofort über ganz interne Verhandlungen Berichte bringen konnte.

Wir haben seitherzeit bereits berichtet, daß das deutsche Unternehmertum seit 18. Juni 1920 im Zentralausschuß deutscher Unternehmerverbände sich einen Aktionsausschuß geschaffen hat, dessen Aufgabe es ist, alles zu tun, was die Interessen der Unternehmer fördert und alles zu verhindern, was ihnen etwa schaden kann.

Mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, beeinflussen sie zweifellos Politik und Wirtschaft in ihrem Sinne und suchen dadurch die Regierungen zu ihrem gefügigen Werkzeug zu machen. Um so mehr müssen wir es bedauern, daß die Wahlen am 7. Dezember nicht so ausgefallen sind, wie es im Gesamtinteresse des deutschen Volkes notwendig war.

Indem wir dies schreiben, ist immer noch nicht klar, was nun eigentlich für eine Regierung zustande kommen wird. Wie immer sie auch beschaffen sein mag, sie wird keine leichte Arbeit haben. Ist sie republikanisch links gerichtet, wird sie von den Unternehmerparteien ganz gewiß nicht unterstützt, sondern mit allen Kräften gehindert werden, ihre Aufgaben sachlich zu erfüllen. Ist sie aber rechts gerichtet, dann wird sie ihre Macht rückwärts gegen die republikanischen Parteien anwenden. Geht doch ihr ganzes Bestreben nur einzig dahin, die verhasste Republik auf dem schnellsten Wege zu beseitigen.

Die Ausblicke auf die mutmaßliche Entwicklung des Wirtschaftsjahres 1925 sind somit durchaus un-

klar und unerfreulich. Wir haben uns damit abzufinden, daß es eben ein Kampfsjahr sein wird wie seine Vorgänger, vielleicht noch härter und opferreicher.

Die Klassenkämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern spielen sich immer mehr zu und nähern sich dem Entschiedenheitsstadium. Die Konzentration der privatkapitalistischen Kartelle, Kongerne, Ringe und Trusts, um die Warenherzeugung und Verteilung vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt vollkommen zu kontrollieren und zu beherrschen, neigt sich ihrer Vollendung. Die Konzentration geht in immer weniger Hände über, die das Los der Massen beherrschen, Krieg und Frieden bestimmen, diktieren, ob die Menschen hungern oder im Überflusse schwelgen sollen.

Zunächst kämpfen wir scheinbar noch um Arbeitszeit und Lohn, in Wirklichkeit treibt sich der Kampf aber letzten Endes um das Mißbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben. Das Ziel der Wirtschaft darf nicht bleiben die Bereicherung der privaten Unternehmer und stillen Teilhaber oder Aktionäre; sondern die Wirtschaft muß so organisiert werden, daß sie allen Volksgenossen Arbeit und ausreichende Existenz gewähren kann.

Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden durch Zerstörung bereits vorhandener, hoch entwickelter Einrichtungen in Gütererzeugung und Güteraustausch, sondern nur dadurch, daß wir mitteilen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Wirtschaft ganz und befreit dem Wohle der Menschheit dienen kann.

Diese Voraussetzungen sind, wie schon oft an dieser Stelle ausführlich wurde, in erster Linie in der Erziehung und Schulung weiterer Mimenzen und ganz besonders in der Erziehung der heranwachsenden Generation zu sehen. Die Entwicklung vollzieht sich im allgemeinen nach Notwendigkeiten, die entspringen sind auf Grund gegebener Verhältnisse. Wir können durch unser Zutun diese Entwicklung allgemein fördern und in bestimmte Bahnen lenken helfen. Wir können aber auch durch unsere Gleichgültigkeit, indem wir alles gehen lassen wie es will, dazu beitragen, daß von anderer Seite die natürliche Entwicklung gehemmt und sogar rückwärts beeinflusst wird, wie es zahllos von Unternehmerseite bestätigt ist.

Als alledem ergibt sich für uns die Notwendigkeit, daß wir alles tun müssen, was geeignet ist, unsere Kampfesreihen von neuem aufzufüllen und zu stärken. Fort mit allem Haß und Streit. Wer in unserem Verbands kämpft, muß auch, wo es erforderlich ist, sich unterordnen und Disziplin halten können. Unter diesen darf nicht jeder seinen eigenen Kopf folgen wollen, sonst ist ein Zusammenarbeiten und Vorwärtstommen unmöglich. Viele Köpfe, viele Sinne, nach jedem einzelnen kann es also nicht gehen. Deshalb muß die Entscheidung als Richtschnur gelten, welche die Mehrheit getroffen hat. Dieser hat sich dann aber auch jeder zu fügen, selbst wenn er anderer Ansicht sein sollte.

Wenn sich im neuen Kampfsjahr ein jedes Mitglied ernstlich bemüht, die Verbandsbeschlüsse und insbesondere die Satzungen und Nachträge zu den Satzungen sowie auch die vom Vorstand zum Wohle des Verbandes getroffenen Anordnungen nicht nur selbst zu befolgen, sondern auch seine Mitarbeiter dazu aufzumuntern, dann wird sehr bald der alte gute Geist wieder in unserer Organisation aufleben, der vorhanden sein muß, wenn wir die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich bestehen und die unser hartnäckigen Aufgaben lösen wollen.

Ein neues Jahr und neue Kämpfe, für eine schöne, bessere Zukunft!

Die Automobilausstellung in Berlin.

Diesmal war die sich periodisch wiederholende Ausstellung nicht nur, wie bisher, in der alten, sondern auch in der neuen Messehalle untergebracht. Dieser Umstand bewirkte, daß auch dem „einzelnen“ mehr Ueberblick in der Anordnung zuteil wurde, gegenüber von früher, wo zum Beispiel die Motorfahräder als Räderstapel in den Ecken aufgestellt waren. Die große Raumverfügung, die die zwei Hallen boten, gestattete, daß die Formen und verschiedensten Konstruktionen der Motorfahräder — in der Mitte der neuen Halle — voll zur Wirkung kamen. Das Motorfahräder ist nach sachmännlicher Beurteilung berufen, zunächst bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage das motorische Fortbewegungsmittel der großen Masse zu werden.

Die Preise schwanken. Leichtere für einige hundert Mark. Die schwereren Qualitätsräder stehen im Preis jedoch auf eintausend, ja zumeist noch darüber. Die dazugehörigen Seitenwagen bedingen dieselbe Summe, zusammen also den Preis, wofür schon die billigsten Konstruktionen, in Form des sogenannten Volksautomobils, zu haben sind. Bemerkenswert ist, daß der hinten angebrachte Sozius für Damen, der gesundheitsförderlich sein soll, neuerdings immer mehr beim Seitenwagen Platz macht.

Das Volksauto, eine sehr volkstümliche Bezeichnung, das aber erst dann den Anspruch darauf hat, wenn wirklich der kleine Mann in der Lage wäre, ein solches motorisches Fahrzeug sich anzuschaffen. Selbst ein großer Teil des sogenannten Mittelstandes ist wohl nicht in der Lage, an die Verwirklichung dieses Wunsches zu denken. Desto weniger der kleine Angestellte und noch weniger der Lohnarbeiter. Bei den wirtschaftlichen Zuständen, die kaum die nächste Erfüllung der großen Masse ermöglicht, ist die Erörterung solcher Anschaffungen selber ohne jede praktische Bedeutung. Jutzzeit mag das Wort „Volksauto“ lediglich als Bezeichnung für Kleinauto gelten und besonders, wenn man das Dasein der — selbst als Laie kritisch betrachtet — nicht ohne Acht läßt, daß auch die Restante zunächst ein Schlagwort braucht.

In den verschiedenen Konstruktionen dargestellt, haben sich bei einzelnen glücklichen Versuchen allmählich die Konturen des Brauchbaren heraus. Wie immer sind, sobald eine Frage der praktischen Lösung harzt, die verschiedensten Experimente aufgetaucht. Von fast hundert Seiten werden die Wagen, die mit Vierzylindermotor ausgestattet sind, auf dieser Ausstellung als der gelungenste Versuch hingestellt. Die „Deutschen Werke“ und „Cgo“ haben den genannten Kleinautomagen in der Praxis durchgeführt. Die Innenausstattung oder was für uns als Fachmänner besonders in Betracht kommt, die Polsterung und dergleichen mehr, zeigt bei diesem Volksauto natürlich große Einfachheit. Aber auch hier, neben den bereits erwähnten Firmen, wo trotz Einfachheit saubere und gelegene Arbeit Grundlag blieb, sind verschiedene Fabrikate mit sehr schlanker Arbeit in der Verarbeitung vorhanden. In der Polsterung selbst sind die Spargel sowie neuerdings die langen Pfeifen mit und ohne Knöpfe vorherrschend.

Neben den vielen Versuchen in der Herstellung von Kleinautos, die im einzelnen hier unmöglich näher beschrieben werden können, stehen die großen Autos, Neben den Lastwagen, der in der Konstruktion jenseit seiner bestimmten Verwendung angepaßt ist, das Personenauto im einfachen Genre bis zu den besten Qualitätsmarken. Die bekannte Berliner Karosseriefirma Kellner hat hinsichtlich der Zugausstattung gute Arbeit geleistet. Unter anderem eine Waagbad-Zimmerer-Limousine, die nur die Kleinigkeit von 42 000 Mk. kostet, mit Silberbesatz und in der Innenausstattung den raffiniertesten Luxus. Aber neben der Firma sind eine Reihe anderer Firmen, Marx, Königstadt, Wolf u. Kührbeck, Schebera-Berlin, Dalmier, Opel, die Zugausgaben ausstellen, um damit die bekanntesten zu nennen.

Erwähnenswert sind die Versuche der komponierten Wagen — offen oder geschlossen — mit abnehmbarem Bedeck.

Die Ausstellung zeigte in allem eine Missetätigkeit der einzelnen Konstruktionen im Herausheben fortgeschrittener technischer Erfolge. Trotz der Depression im Wirtschaftsleben sah man im allgemeinen, daß die Fahrzeugindustrie sehr lebensfähig ist. Aber was wir besonders betonen, ist, daß für die technische Entwicklung die Reduktion der Preise Grundbedingung ist. Für das Florieren der Industrie ist andererseits Voraussetzung, daß die Entlohnung eine den Wirtschaftsverhältnissen entsprechende sein muß. Normierung, Spezialisierung, Teilarbeit und wie alle die modernen Begriffe einer gesteigerten Produktion heißen, müssen sie die serienweise Herstellung von billigen Motorfahrzeugen ermöglichen, eines ist Grundbedingung — die Hebung der Konsumkraft der breiten Schichten der Bevölkerung, damit sie überhaupt und zunächst als Abnehmer der Motorräder in Betracht kommen können.

Ein weiter Weg dürfte es sein, bis das Kleinauto auch praktisch den Namen „Volksauto“ verdient hat.

Unhaltbare Zustände.

Zu dem in Nr. 40 unserer Verbandszeitung unter obiger Überschrift veröffentlichten Artikel des Kollegen Blum gegen die Offenbacher Verwaltung und der in Nr. 42 erfolgten Widerrede des Kollegen Wolm möchte ich als Unbeteiligter auch einige Worte zum Ausdruck bringen. Mancher Kollege, welcher von den strittigen Vorgängen schon etwas wußte, wird diesen Ausgang schon lange erwartet haben und jetzt ausrufen: Na, endlich. Leider scheinen die Zustände in Offenbach schon so weit eingezirrt zu sein, daß ihre Abstellung nicht mehr ohne Schädigung des Gesamtverbandes möglich ist. Lieber ist es mir, wenn ich mich hierin täuschen sollte.

Ich kann auf den Inhalt der Offenbacher „Mitteilungen“ nicht eingehen, weil ich deren Inhalt nicht gelesen; ich werfe bei diesem Streit aber die Frage auf, hat eine Verwaltungsstelle, auch wenn sie die größte unseres Verbandes ist, das Recht, eine eigene Zeitung neben dem vom Verbandsrat bestimmten Verbandsorgan herauszugeben? Ich sage nein. Ich kann mir wohl vorstellen, daß sich in einer großen Verwaltungsstelle die Notwendigkeit ergibt, besondere Bri-

efache Mitteilungen, welche im Interesse der örtlichen Verwaltung und deren Mitglieder liegen, in bestimmten Umständen herauszugeben, sobald diese Druckschriften aber zu bestimmten politischen Tagesfragen sich äußern, überschreiten diese ihre Befugnisse, weil dieses in einer Organisation nur Aufgabe des vom Verbandsrat bestimmten Verbandsorgans sein kann. Viel mehr ist es aber noch zu berücksichtigen, wenn solche Mitteilungen an Fragen der Organisationskritik über, ohne den Verbandsinstanzen sowie allen Mitgliedern diese zugänglich zu machen, denn das eine steht doch fest, daß der Kollege Blum als Vorsitzender des Verbandes diese Offenbacher „Mitteilungen“ nicht durch die Offenbacher Verwaltung bekommen hat. Gegen solche Ueberschreitungen aus dem Hinterhalt hat der Vorstand sich zu wehren, wenn er die Interessen des Gesamtverbandes wahren will.

Den Offenbacher Kollegen muß aber noch ein Uargemacht werden. In den letzten Jahren ist es zwischen den größeren Verwaltungsstellen und den Gaukollegen üblich, besondere Druckschriften ihrer Verwaltung oder Lohnabschlüsse, Tarife usw. sofort beim Erscheinen sich gegenseitig auszutauschen. Dieses geschieht, ohne daß es hierzu von bestimmter Seite einer Anregung bedürftig hätte, weil jeder das Bestreben hat, nicht nur seinen Ort, sondern auch die übrigen Orte vorwärts zu bringen. Diese Zustellungen sind anfänglich auch nach Offenbach gemacht worden, aber von dort nie erwidert, wenigstens nach Hamburg nicht. Selbstverständlich sind die Zustellungen später auch nach Offenbach eingestellt worden, aber besonders dieser Zustand hat dazu geführt, daß in Kollegentreuen, besonders in der Bedewarenindustrie, eine Stimmung gegen Offenbach eingetreten ist, welche sich gerade während des Kampfes im letzten Sommer recht deutlich ausgedrückt hat, in welcher Form, das mag bei anderer Gelegenheit einmal gelagert werden. Die Vorgänge vor der vorjährigen Tarifberatung haben zur Genüge bewiesen, daß es der jetzigen Stellung in Offenbach nicht mehr darauf ankommt, für Offenbach lieber einen gesonderten Tarif abzuschließen, als einen solchen für die Gesamtheit zu erstreben. In diesem Fall war die Einheitsfront schnuppe, genau so schnuppe, wie sie im Falle des Ausschusses aus dem Ortsauschuss der Offenbacher Verwaltung ist.

Ihre Sache selbst werfe ich nun die Frage auf, wie ist in diesem Fall der Streit aus der Welt zu schaffen, bevor derselbe für den Verband zur Katastrophe wird. Denn das Tragische an der ganzen Sache ist, daß wir jetzt keine Verbandsinstanz haben, welche hier eingreifen kann. Der Vorstand könnte die Sache nur dem Ausschuss überbreiten, ebenso die Offenbacher Verwaltung, die Geschäftsführer der letzteren sind aber auch zugleich wieder die leitenden Personen des Verbandsausschusses. Außer dem Verbandsrat haben wir keine andere Verbandsinstanz. Hier rät sich bitter die etwas übertriebene Abschaffung des Verbandsrates auf dem Offenbacher Verbandsrat, aber auch die Ablehnung des Hamburger Antrages auf demselben, wonach der Vorstand und Ausschussmitglieder keine Funktionäre ihrer Verwaltung sein sollen. Berlin und Offenbach konnten keinen anderen Grund dagegen anführen als das Mißtrauen gegen ihre Verwaltung, und so mußte der Antrag den Weg alles Bräutchen geben, um kein Mitglied in seinen Mitgliedsrechten zu beschneiden. Jetzt zeigt es sich, daß niemand in eigener Sache zu Gericht sitzen kann. In dieser Sache kann aber nur der nächste Verbandsrat Abhilfe schaffen, ebenso in der Frage, ob eine Verwaltungsstelle überhaupt das Recht hat, dem Ortsauschuss nicht anzugehören, wenn sie nicht Gefahr laufen will, sich überhaupt außer den Reihen der Organisation zu stellen. — Nun die Frage, wie soll der Konflikt beseitigt werden? Sollen wir wochenlang durch spezialisierte Artikel in unserem Verbandsorgan unseren natürlichen Gegnern, welchen dieser Streit doch nur Wasser auf ihre Mühlen ist, unsere eigene Fressenheit vorführen? Das kann niemand, welcher es ernstlich mit dem Verband meint, recht sein. Ich schlage deshalb vor, daß mangels einer anderen Verbandsinstanz ein besonderer Ausschuss für diesen Fall eingesetzt wird, zu welchem der Vorstand sowohl wie die Offenbacher Verwaltung je drei Mitglieder bestimmen. Diese Kommission wählt sich einen unparteiischen Vorsitzenden. Die von dieser Kommission getroffene Entscheidung hat dann die gleiche Gültigkeit wie die Entscheidung unseres Verbandsausschusses nach § 10 Ziffer 2. Nur so können die Differenzen beseitigt werden. Das ist im Interesse der gesunden Fortentwicklung unseres Verbandes dringend notwendig.

S. Dregerliu.

Annahme des Vorstandes: Zu den Auslassungen des Kollegen Drerellus haben wir zu bemerken, daß wir beim besten Willen die Offenbacher „Mitteilungen“ als eine Zeitung in gewöhnlichem Sinne nicht anerkennen können. Möglich, daß der Herausgeber sie als eine solche ansieht, denn die letzte Nr. 6 führt an der Spitze einen Weihnachtsartikel und auf der letzten Seite Interesse. Jedenfalls ist die Form einer „Mitteilung“ überschritten, da auch der sonstige Inhalt über die Offenbacher Interessensphäre hinausgeht. Auch ist nicht richtig, wenn Dregerliu schreibt, daß wir diese „Mitteilungen“ nicht bekommen. Aller-

Dings erstellten wir dieselbe erst von der Nr. 4 ab auf ausdrückliches Verlangen. Sowie wir beurteilen können, wurden diese „Mitteilungen“ über Offenbach hinaus nur an befreundete Kollegen des Kollegen Baum verandt.

Reichstariifikung der Leder-treibriemenindustrie.

Die in Berlin am 16. Dezember 1924 tagende Sitzung entschied zunächst in einer Sache, die insofern von Bedeutung ist, weil darinnen für zum Ausdruck kommt, daß Lohnstreitigkeiten, die durch Lohnregelung am Ort oder im Bezirk vorkommen, in letzter Instanz nicht das Tarifamt entscheidet, sondern lediglich die im neuen Reichstariifvertrag vorgesehene Schiedsstelle.

Bei einer Lohnstreitigkeit, die in einem Betrieb in Nachen vor sich gegangen ist, wo neben dem Tariflohn noch eine Akkordeausgleichszulage gewährt wurde, zahlte die Firma diese nicht mehr weiter, weil durch die letzte Lohnregelung von 23. Mai diese ausgeschlossen sei. Anherbeits wurde die Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission in Köln angerufen, die jedoch den Antrag auf Weiterzahlung dieser Ausgleichszulage ablehnte. Die Nachener Kollegen legten darauf Berufung beim Tarifamt ein und dieses entschied wie folgt:

Die Entscheidung der Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission Köln vom 1. Oktober 1924 wird aufgehoben. Gründe: Seit 1. März 1924 ist die zentrale Lohnregelung durch Parteivereinbarung aufgehoben und die Lohnregelung örtlicher oder bezirksföhrer Verhandlung überlassen worden. Daraus ergibt sich die sachliche Anzuständigkeit der Tarifinstanzen in Lohnstreitigkeiten. Die Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission Köln durfte deshalb eine Entscheidung in anliegenden Falle überhaupt nicht treffen. Zuständig ist jetzt das im § 4 Absatz 2 des seit 1. Oktober 1924 gültigen Reichstariifvertrags vorgesehene Schiedsgericht.

Ein weiterer interessanter Fall war die Beschwerde einer Firma in Kallbach bei Frankfurt am Main. Diese Firma wurde im Januar 1920 durch Beschluß der dortigen Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission zu Groß-Frankfurt in die Lohnklasse eingeteilt. Seit dieser Zeit ist die Entlohnung der Erbschleimer der Kallbacher Firma nach der gleichen Weise wie in den Frankfurter Betrieben geschehen. Seit der letzten Lohnvereinbarung will die Firma den festgelegten Tariflohn nicht mehr zahlen, sondern verlangt für sich eine Abstrichung nach unten. Eine Entscheidung, die indessen von der dortigen Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission auf Grund der Beschwerde nochmals getroffen wurde, entschied, daß für die Firma der Lohn, der auch in Frankfurt bezahlt werde, bindend sei. Nicht damit zufrieden, wandte sich die Firma an das Tarifamt. Der Spöditus, Herr Dr. Mertens, grub alle Argumente aus. Auch verwies er darauf, daß seinerzeit im Jahre 1920 nur 1 Arbeitgeberbesitzer an diesem für die Firma ansehbaren Schiedsgericht mitgewirkt hatte. Und mit juristischer Scholastik forderte er, daß der Schiedspruch von damals für nichtig durch das Tarifamt erklärt werden soll. Das Tarifamt entschied wie folgt:

Der Antrag des Arbeitgeberverbandes, den von der Bezirks-Schiedsstellungs-Kommission Frankfurt a. M. am 24. Januar 1920 gefällten Schiedspruch und die diesen Spruch bestätigende Entscheidung des Tarifamtes vom 8. April 1920, betr. Eingruppierung der Firma Gebr. Reiernt aufzuheben, wird zurückgewiesen, da die Entscheidung des Tarifamtes, selbst wenn sie von sachlichen Voraussetzungen ausgegangen sein sollte, endgültig und nicht mehr nachprüfbar ist.

Nach diesem Schiedspruch muß also die Firma den Lohn zahlen, so wie in Frankfurt, denn außerdem tritt hier der § 4 Absatz 3 des Tarifes in Wirksamkeit, wonach die Lohnregelung so bestehen bleibt, wie bisher diese sich herausgebildet hat und eine Aenderung nur eintreten kann, wenn damit beide Parteien einverstanden sind. — f. g. —

Erbschleimer. Hiermit ersuchen wir die Orte Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, Hannover, Köln, München a. d. Ruhr, München, Nürnberg und Stuttgart, die auf Grund des § 7, Abs. 1 zu wählenden Arbeitnehmerbesitzer zu den Bezirks-Schiedsstellungs-Kommissionen vorzunehmen und uns die Namen und Adressen dieser Kollegen umgehend mitzutellen.

Tarifverhandlungen.

Kraftmeierei. Es ist schon an dieser Stelle auf den Kampf unserer Landsberger Kollegen gegen die Firma Max Koberstein hingewiesen worden. Der Firmeninhaber Herr Walter Koberstein ist unseren Kollegen kein Unbekannter. Wir hatten am 16. Dezember wieder einmal Gelegenheit, mit Herrn K. vor dem Schlichter in Frankfurt a. d. O. über verhandeln zu müssen. In jahrelanger Tätigkeit kann man auf diesem Gebiete vieles erleben, aber was uns in Frankfurt geboten wurde, geht über das Bohnenknieb. Der unbefangene Zuhörer möchte glauben, er habe

den Stimmes der Lederwirtschaft vor sich. Katibütig wurde von Herrn K. behauptet, daß er nur minderwertige Arbeiter habe, die er überhaupt nicht mehr benötige. Von uns mußte Herr K. daran erinnert werden, daß er seinen Fabrikanten eine sehr ungünstige Empfehlung damit ausstelle. Ob dieses Auftreten auf den Vorhänden der Schlichtungskammer gewirkt hat, wissen wir nicht. Jedenfalls ist ein Schiedspruch gefällt worden, der unsere Annahme nicht finden konnte. Mit Ausnahme des Offens steht das ehemalige Bundesvertragsgebiet wieder unter fast gleichartigen Vertragsbestimmungen.

Der Antrag auf Verbindlichkeit der abgeschlossenen Verträge ist mit den Arbeitgeberorganisationen überall im Reich gestellt worden. Die gestellte Einspruchsfrist ist verlaufen, ohne daß Einsprüche von Bedeutung eingegangen sind. So daß die Erwartung ausgesprochen werden darf, daß den Anträgen auf Allgemeinverbindlichkeit überall entsprochen wird.

Nun wurde hier ein Schiedspruch gefällt, der in wesentlichen Punkten hinter dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums zurückbleibt. Die ersten fünf, auf Anordnung des Arbeitgebers angeordneten Überstunden sollen zuschlagsfrei geleistet werden; die Feiertagsbezahlung wurde gestrichen und auch die Ferien noch unter den Berliner Ferien angelehnt. Bößig unberücksichtigt geblieben ist, daß die Arbeitgeber in früheren Verhandlungen der Ueberzeitbe-

Ma unsere Verbandsfunktionäre! Der bleibende Erfolg aller unserer Arbeit in der Gegenwart kann für die Zukunft nur dann gesichert werden, wenn unser heranzwachsender Nachwuchs gesüß wird, das schwer Errungene zu erhalten und weiter auszubauen! Es gilt Ansehen zu halten, die willigen und fähigen Kollegen herauszufinden, sich ihrer liebevoll anzunehmen und zu tüchtigen Mitarbeitern heranzubilden. Je mehr Kräfte gesüß werden für die Werkarbeit, um so größer wird unser Erfolg und Fortschritt sein. Sammelt die Kräfte, helfe bauen an der Grundlage, auf der eine bessere Welt- und Wirtschaftsordnung errichtet werden kann!

zahlung im Sinne des Berliner Vertrages zugestimmt hatten. Unter diesen Umständen war es uns nicht möglich, den Schiedspruch anzuerkennen und werden wir tariftos weiterarbeiten, bis Herr Koberstein darauf verzichtet, von uns eine Extrawurst gebraten zu erhalten.

Eine Antwort an Herrn Schüler in Hamburg.

„Lederhüter“ und Gewerkschaft. In der letzten Versammlung der Lederwareindustrie in Hamburg wurde lebhaft Klage geführt über das unkollegiale Verhalten der bei der Firma „Lederhüter“, Inhaber Erich Schüler, Werkstätten Johannswall 7, beschäftigten Kollegen. Besonders wurde aber auch die eigenartige Methode des Herrn Schüler der Arbeiterschaft im allgemeinen und deren Organisation im besonderen gegenüber einer Kritik unterzogen. Herr Schüler unterhält in verschiedenen Stadtteilen, auch in Arbeitergebieten, Lederwarengeschäfte. Er hat also ein Interesse daran, seine Waren in Hamburg abzugeben. Logischerweise könnte man erwarten, daß seine Waren auch von Hamburger Arbeitern hergestellt werden. Aber weit gefehlt. Herr Schüler behauptet immer, in Hamburg keine Spezialisten für seine Arbeit bekommen zu können. Er sucht deshalb regelmäßig in auswärtigen Tages- und Fachzeitungen tüchtige Facharbeiter, und es kommen dann an den Verband von auswärtigen Anträgen über die Verhältnisse bei der Firma Schüler. Diese Kollegen werden vor Enttäuschungen bewahrt. Anders geht es Arbeitern, die einfach darauf los fahren und gezwungen sind, nach wenigen Tagen den Staub Hamburgs wieder von ihren Füßen zu schütteln. Den diesigen Facharbeiternachwuchs hat Herr Schüler im letzten Jahre zum ersten Male am 2. Oktober in Anspruch genommen, indem er dort sechs Sattler suchte. Er bekam sofort vier vermittelt, wovon einer eingestellt wurde. Die übrigen wurden auf später vertröfelt und warfen heute noch auf Einstellung. Der eine Kollege (Verbandsmitglied), der das Glück hatte, eingestellt zu werden, war ein guter Spezialist vorher über drei Jahre in einem gleichen Geschäft tätig gewesen, wurde jedoch, weil „ungeeignet“, nach sechs Tagen von Schüler entlassen. Im Laufe des letzten Sommers haben sich dann auf Grund der auswärtigen Annoncen hiesige Facharbeiter bei Herrn Schüler beworben; diesen ging es jedoch genau so wie den Dreien, die am 2. Oktober nicht eingestellt wurden. Des Pudels Kern bei der Sache ist, Hamburger Arbeiter, die mit den tariflichen

Bestimmungen vertraut sind, kann Herr Schüler nicht gebrauchen. Die Verbandszeitung hat wiederholt auf das Treiben des Herrn Schüler hingewiesen, um die Mitglieder zu warnen. Herr Schüler hat nun nichts anderes zu tun, als unter Berufung auf das Preßgesetz Berichtigungen an diese Zeitung zu schicken, in denen er das Gegenteil von dem behauptet, was wahr ist. Unter anderem behauptet er, daß bei ihm 60 Mann beschäftigt sind, von denen 45 Mann unserem Verband angehören. Wichtig ist, daß dort in zwei Werkstätten 20 bis 25 Mann beschäftigt werden, von denen drei oder vier erst kürzlich zugereiste organisiert sind. Herr Schüler hat gegen die hiesige Organisationsleitung einen besondern Groll, weil diese vor etwa zwei Jahren es nicht geduldet hat, daß er einen Vertreter mit Arbeitern beschäftigte, bei denen dieser nichts lernte und unter Tariflohn Arbeiten machen sollte. Die Herr Schüler infolge Garantie unbezahlt liefern mußte. Herr Schüler hat auch eine Arbeitsordnung in seinem Betrieb, in der verzeichnet steht, daß es den Arbeitern „gestattet“ ist, sich den wirtschaftlichen Verbänden anzuschließen. Ob Herr Schüler überhaupt das Recht hat, die Organisationszugehörigkeit zu gestatten oder zu verbieten, soll hier nicht erörtert werden; aber eine Frage drängt sich doch auf: Warum steht das in der Arbeitsordnung? Hoffentlich verzichtet Herr Schüler auch recht bald auf den Verkauf seiner Waren an organisierte Arbeiter.

Eine arbeiterfreundliche Firma!

Die Gewährung von Ferien an gewerbliche Arbeiter ist eine Errungenschaft der Nachkriegszeit. Wohl hat es auch vor dem Kriege einzelne Firmen gegeben, wo Ferien gewährt wurden, doch waren dies Ausnahmen. Man sollte nun meinen, daß der Gedanke der Ferien sich überall so eingebürgert hätte, daß hier überhaupt kein Angriff erfolgen sollte.

Wird mir da eines Tages mitgeteilt, daß bei der Firma Gustav Reinhardt in Berlin kein Arbeiter Urlaub bekommen hat. Da mir bekannt ist, daß hier Arbeiter bereits 25 Jahre und länger beschäftigt sind, erkundige ich mich, wie das kommt, und da erjähre ich, daß die Firma die Arbeiter Ende Dezember 1923, teilweise am Heiligabend, entlassen und Anfang Januar wieder eingestellt habe. Auf Wunsch der Kollegen beuge ich mich zur Firma, um diese zu veranlassen, den moralischen Anspruch der Arbeiter zu begründen. Die Antwort des Herrn Friedrich, des Mitinhabers der Firma Reinhardt, war allerdings so, wie ich sie bisher noch nicht erlebt habe. Denn Herr Friedrich erklärte, „jambö, wir haben die Arbeiter entlassen in dem Bewußtsein, daß die Arbeiter als Neuestingestellte keinen Anspruch auf Urlaub haben. Auch mein Hinweis, daß die Arbeiter doch höchstens 14 Tage von der Firma weg waren, fruchtete nichts. Und übrigens wäre Urlaub überflüssig, vor dem Kriege hat auch kein Arbeiter Urlaub bekommen. Auch er habe schon seit drei Jahren keinen Urlaub bekommen und sei jeden Abend bis 8 Uhr tätig. Also ein Wachstanzpunkt in höchster Potenz, wie er, so offen zur Schau getragen, einfach brutal wirkt. Ich will betonen, daß Herr M. Reinhardt nicht amwesend war, trotzdem die Arbeiter auch heute noch keinen Urlaub bekommen haben.

Eine Frage sollte uns hierbei aber zu denken geben. Weiß Herr Friedrich, daß seine Arbeiter nicht gut organisiert sind? Es scheint so, denn ich glaube kaum, daß er sonst so verfahren könnte. Ich kann aber feststellen, daß durch diese Handlung des Fabrikanten erreicht wurde, daß von diesen Kollegen ein Teil wieder zur Organisation zurückgekehrt ist. A. B.

Offenbacher „Mitteilungen“.

Das neue Jahr fängt gut an! Ein Ungenannter fandte der Redaktion dieser Zeitung am 20. Dezember zwei Exemplare der „Offenbacher Mitteilungen“ Nr. 6, die Offenbacher Ortsverwaltung selbst hat uns bisher teils gefandt.

Wir haben schon sehr oft die Bitte an unsere Verbandsfunktionäre gerichtet, uns durch Berichte über bemerkenswerte Vorgänge im Berufs- und Verbandsleben zu unterstützen. Leider ohne wesentlichen Erfolg. Nun ist in Offenbach plötzlich solches Stoff vorhanden, daß man ein besonderes Blatt herausgibt. Da der Herausgeber sehr oft Kritik an unserem Verbandsorgan selbst hat, ohne doch selbst zur Bereicherung des Inhalts beizutragen, hat uns der Inhalt dieses Offenbacher Organs um so mehr enttäuscht. Ein Beihnachrichtlich von Bebauungsgesellschaften und Wästen. Eine Polemik gegen die Christlichen. Eine ebensolche mit dem Dristarikel bzw. Abdruck des gepflanzten Briefwechsels. Einige Erinnerungen wegen Bezahlung der Feiertage und dem Bezug der städtischen Kurzarbeiterunterstützung. Dann Entscheidungen der Tarif-

*) Die Heusenhammer Kollegen haben wohl nicht ganz unrecht, wenn sie das Erscheinen solcher Mitteilungen für überflüssig erklären.

schiedsstellen. Unter Organisationsfragen die Leipziger Ortsverwaltung vor Gericht. Dann eine Polemik gegen Mitglieder der eigenen Verwaltungsstelle, die „Galm“ in einem Handzettel als Streikgeber, Pfahlendrescher und Postenräger bezichtigt haben. Eine Polemik gegen unseren Verbandsvorstehenden Blum sowie ein Hinweis auf die Familienkrankversicherung, daß die Bücher in Ordnung zu bringen sind und daß am 29. November ein „Bunter Abend“ veranstaltet worden sei, der sehr schön war.

Auf der letzten Seite endlich Inserate von Offenbacher Geschäften.

Vieles werden die Leser aus den Offenbacher Tageszeitungen gewußt haben, anderes hätte ebenso in unserer Verbandszeitung gebracht werden können. Zum Beispiel folgende Notiz:

„Heimarbeit in Safflerwaren ist strafbar.“

Die Firmen Oppenheimer und Jung, Frankfurt a. M., und Simon Knappels, Offenbach, waren von der Organisation bei der Bezirksrichtungskommission angeklagt, Safflerwaren in Heimarbeit entgegen den Bestimmungen des Vertrages anfertigen zu lassen. Die Firma O. u. Jung, Frankfurt, die bereits vor der Einigungsstelle eine Strafe von 50 Mk. für dies Vergehen judiziert bekommen hatte, wurde von der Bez.-Schl.-Kommission nach einer Berufung durch den Verband in eine Strafe von 200 Mk. genommen und außerdem zum Schadenersatz für sechs wegen der Heimarbeit entlassene Arbeiter zur weiteren Zahlung der Gesamtschuld von circa 1500 Mk. verpflichtet.

Die Firma S. Knappels wurde von der Einigungsstelle in eine Strafe von 100 Mk. genommen. Eine Bestrafung wegen Zulassung von sogenannten Unmündlichen konnte gegen diese Firma nicht erzielt werden, da sie nachwies, daß ein offizielles Verbot dieser Heimarbeit im Betrieb erfolgt war.

Die beiden Urteile zeigen, wie notwendig die Ueberwachung des Vertrages durch unsere Funktionäre ist. Vor allem müßte dafür Sorge getragen werden, daß sich in keinem Betriebe aus den Reihen der organisierten Kollegen Tarifbrecher finden. Jeder Funktionär, dem eine Vertragsverletzung durch Fabrikant oder Kollegen bekannt wird, ist verpflichtet, dies der Verbandsleitung zu melden. Wie diese Tarifrücke verfolgt werden können, zeigen die beiden Urteile.“

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Samuel Gompers †.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß der langjährige Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Gompers, auf einer Reise nach Mexiko an Herzschlag verstorben ist. Er war der unbestrittene Führer der amerikanischen Gewerkschaften, die sich wie bekannt im allgemeinen ziemlich konservativ eingestellt haben und politisch als neutral gelten wollen. Gerade Gompers wurde es zugeschrieben, daß der Sozialismus bei den amerikanischen Arbeitern kein oder nur wenig Verständnis fand. Es wird allerdings auch behauptet, daß er damit nur der allgemein herrschenden Auffassung Rechnung trug. Man wird ja bald erfahren, ob das unter seinem Nachfolger anders wird, und ob insbesondere nunmehr die amerikanischen Gewerkschaften ihren Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund vollziehen, der ihnen bisher zu revolutionär gewesen sein soll.

Selbstfalls war der Einfluß Gompers' auf die amerikanischen Gewerkschaften ein fast unbegrenzter. Als Nachfolger Gompers' wird William Oroen genannt, der Kassierer der Bergarbeiterverbände.

Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Denag). Gemäß des Beschlusses vom letzten Verbandstag an: Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren am 1. Januar 1925 seinen Namen in Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Denag).

Die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ stellt mit Ende dieses Jahres ihr Erscheinen ein. Es tritt an ihre Stelle als Organ des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes die wöchentlich erscheinende

„Einigkeit“

mit Beilagen „Frauenrecht“ und „Für Lehrer“

„Linge und Jugend“. Außerdem erscheint monatlich eine fachtechnische Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ zum Preise von 50 Pf. pro Heft bei 28 Teilsheften.

Der Sitz des Verbandsvorstandes und der Redaktion ist in Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband ist nach seinem Statut für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge in den Bäckereien, Konditoreien, der Süß-, Back-, Feigwaren-, Kunstbrot- und Marmeladenindustrie zuständig.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in 221 Tarifverträgen für 69 212 Berufsangehörige geregelt. Der Anschluß aller Berufsangehörigen an ihre wirtschaftliche Interessenvertretung ist ein Gebot der Pflicht!

Cohnbewegungen und Streits.

Fahrzeugindustrie.

Sindelfingen bei Stuttgart. Ab 4. Dezember wurde die ganze Belegschaft bei Dalmier gesperrt, 150 Kollegen sind dabei betroffen.

Eisenach. Bei der Firma Dixl stehen die Kollegen bereits die 4. Woche im Streit. Die Firma läßt bei auswärtigen Firmen Wagen herstellen.

Kollegen, achtet darauf! Jede Arbeit für die genannte Firma ist abzulehnen.

Köln a. Rh. Die Autofattler der Firma Papler haben mit vollem Erfolg den Ausstand beendet.

Lebervarenindustrie.

Düsseldorf. Die Kollegen stehen seit 6. Dezember im Streit zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Landsberg a. d. W. Der Lohnstreik bei der Firma Max Robertsen geht weiter. Besonders sei darauf verwiesen, daß die Firma fast ständig in den auswärtigen Zeitungen annonciert, um billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Ulm a. d. D. Teilsstreik in der Karosserieabteilung bei der Firma C. D. Magirus.

Meidet streng die genannten Orte!

In der vorletzten Nummer unserer Zeitung haben wir eine Reihe von Orten aufgeführt und gebeten, uns die örtlich vereinbarten Löhne mitzuteilen. Hiermit eruchen wir nochmals sämtliche Orte, welche für die verschiedensten Branchen örtlich Löhne festlegen, uns diese umgehend bekanntzugeben zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar ist der erste Beitrag für 1925 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Achtung!

Achtung!

Ortsverwaltungen.

In letzter Zeit haben einige Ortsverwaltungen, die am Ort wegen Streit oder Aussperrung, die statutenmäßige Unterstützung erhielten, außerdem sich noch an die verschiedensten Orte gewendet, um durch Sammlungen einen Extraschub für die Streitenden zu erhalten. Eine Genehmigung zu diesen Extrasammlungen ist vom Hauptvorstand nicht nachgeschickt worden. Wir haben kurz vor dem Weihnachtsfest nicht gegen diese Sammlungen Stellung genommen, müssen aber pflichtgemäß darauf verweisen, daß alle Sammlungen für Streitende und Aussperrte sobald sie über den Ortsbereich hinaus-

gehen, der Genehmigung des Zentralvorstandes bedürfen.

Außerdem eruchen wir sämtliche Ortsverwaltungen, jeder Sammlung, die nicht vom Verbandsvorstand von vornherein genehmigt ist, die Unterstützung zu verweigern.

Jede vom Vorstand genehmigte Sammlung werden wir künftig in geeigneter Weise bekanntgeben.

Der Vorstand.

Alle Verwaltungsstellen, welche die graue Monatsberichtsliste noch nicht eingelandet haben, werden dringend ersucht, das Versäumte sofort nachzuholen.

Gelungene Veranstaltung.

Unsere Berliner Ortsverwaltung hatte am dritten Weihnachtst-Vertrag im Gewerkschaftshaus für Jugendliche und Lehrlinge mit ihren Familien eine Sonnenwärfel veranstaltet.

In markanter Rede schilderte Kollege Osten den Sinn dieser Feier. Kollegen Wepfer und Buschner trugen Gedichte vor. Als Geschenk erhielt jeder das Buch von A. Knoll „Handwerksgesellen im Mittelalter“.

Bücherschau.

Ständerland. Preis 1,25 Mk. Ein hübsches Buch für die Arbeiterjugend, das auf fast 100 Druckseiten eine bunte Reihe von Erzählungen, Bildern und Versen enthält. Das Buch dürfte sich rasch viele neue Freunde erwerben.

Im gleichen Verlag erschien auch der bekannte vorzüglich illustrierte Abreißkalender für das Jahr 1925. Der Preis von 2 Mk. ist für den mit wunderschönen, im Tiefdruck hergestellten Bildern geschmückten und mit kostbarem reichen Inhalt versehenen Kalender durchaus angemessen.

Leitfaden für Betriebsräte. Eine 32 Seiten starke Broschüre zum Preise von 50 Pf. brachte der Ortsausschuß des DGB. in Frankfurt a. M. heraus. Der Leitfaden gibt ebenso knapp wie erschöpfend die den Betriebsräten notwendigen Anleitungen für ihre Tätigkeit, insbesondere auch bei Klageerhebungen.

Fachlehrbücher.

A. Für Saffler.

- Der Saffler als Zubehörer (Morgenstern) 5.—
- Der Saffler und Wagenarbeiter (Mehleblab) 2.50
- Handrechenrechenbuch für Saffler 4.—
- Die Abreitur und Abreiturieren 4.—
- Gefahr und Unfall aller Arbeitssphäre 1.—
- Der Wagenarbeiter 1.—
- Das Lederarbeiten 2.—

B. Für Tapezierer.

- Der moderne Kofferer (H. Spindler) 6.—
- Das praktische Kofferieren (Wagner) 7.50
- Rufzeichen moderner Dekorfallen 5.—
- Das Stellen der Kofferer 1.50
- Aufklärung der Aufstagemalereien 1.50
- Die Verordnungen des Reichsaufsichts in der modernen Innendekoration 1.50
- Das Rollen von Tapeten und Wandtapeten 1.—
- Die Bekleidung der Hände 1.—
- Die Fledermaus 1.—
- Gegen Voreinstellung des Vertrags erfolgt sofortige Aufhebung 1.—

Sterbetafel.

Berlin. Am 4. Dezember 1924 starb im Alter von 44 Jahren unser Mitglied, der Saffler Arthur Rieser.

Am 6. Dezember 1924 starb im Alter von 64 Jahren der Wagenfattler Bruno Krnim.

Am 12. Dezember 1924 starb im Alter von 62 Jahren Friß Krüschler, Treibriemenfattler.

Am 12. Dezember starb Otto Radtke, Kofferarbeiter, im Alter von 44 Jahren.

München. Am 14. Dezember starb der Portefeuller, Kollege Hans Kopp, im Alter von 26 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

Werkführer

Brandelundig, sucht eingeführte, rheinische Ledergeramtsfabrik. Offerten unt. D. 185 an die Expedition des Blattes.

**Berfetten
Reitschneidmacher**

für massive Sunde-
peitschen sucht
Wilhelm Peters
G. m. b. H.
Berlin D. 27, Krautstr. 87.



G. Brucklacher, Werkzeugfabrik,
Berlin E., Oranienstraße 43.